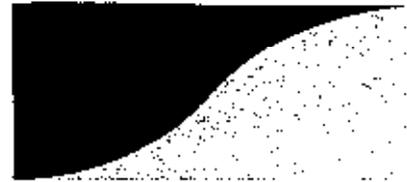


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Wilhelm Schmidt MdB wendet sich gegen Doping und Kindersport: Verbände müssen Auswüchse beseitigen.

Seite 1

Horst Peter MdB zur Gestaltung des Binnenmarktes: Für eine Sozialpolitik mit europäischer Dimension (Teil II und Schluß).

Seite 3

Dokumentation:

„Deutsche Wegmarken“ - unter diesem Titel hielt der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt am 11. September in Berlin einen Vortrag, in dem er wichtige Etappen der Geschichte reflektierte. Wir dokumentieren den Vortrag in seinen drei Kapiteln. (Teil II)

Seite 5

43. Jahrgang / 180

20. September 1988

Doping ist kein Kavaliersdelikt!

Die Sportverbände müssen Auswüchse beseitigen

Von Wilhelm Schmidt MdB

Mitglied des Sportausschusses des Deutschen Bundestages

Jürgen Hingsen ließ sich bei seinem Qualifikations-Wettkampf zwischen jedem Hochsprung „fitspritzen“, die US-Amerikaner ließen ihre Doping-Sünder/innen offensichtlich ungestraft, ein 13jähriges chinesisches Mädchen ist Favoritin für das Kunstspringen - die Liste von Meldungen über zunehmende Auswüchse im internationalen Spitzensport ließe sich locker fortsetzen. Nationales Prestige, persönlicher Ehrgeiz und vor allem der zunehmende Drang zum „großen Geld“ lassen diesen Trend immer stärker werden.

Da sind Meldungen zu loben, die für deutsche Spitzensportler/innen künftig auch Doping-Kontrollen in der Trainingsphase vorsehen (NOK-Präsident Willi Daume) und die eine Heraufsetzung des Mindest-Startalters im Europäischen Schwimm-Verband auf 14 Jahre signalisieren.

Wann aber wird endlich k o n s e q u e n t gegen die extremen Entwicklungen im Sport vorgegangen, die vielfach nur noch mit medizinischer Einwirkung zu verkraften sind und nicht selten zu bleibenden physischen und/oder psychischen Schädigungen bei den Sportlerinnen und Sportlern führen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Kennzeichen 01/10/10
mit wertvoller Rückgabe
Recycling-Papier



Der internationale Spitzensport entwickelt sich auf dem Rücken junger Menschen immer zirkushafter in immer neue Grenzbereiche vor und fordert extreme Höchstleistungen, die nicht nur zum Beispiel beim Gewichtheben der menschlichen Natur völlig widersprechen.

Es ist nicht nur alarmierend, sondern auch rundheraus abzulehnen, wenn diese Extremleistungen

- nur durch medikamentöse Hilfe erzielt werden können oder
- schon von Kindern erbracht werden sollen.

Abgesehen davon, daß die Sportler/innen von dem vielen Geld, das mittlerweile in vielen Sportarten über Werbeaktivitäten fließt, zu wenig selbst sehen, müssen sie um ihrer selbst willen vor den Fehlentwicklungen geschützt werden.

Hier liegt ein besonderes Maß an Verantwortung bei der Sportorganisation und ihren Funktionsträgern. Olympia unter der Führung von Juan Antonio Samaranch sendet hierfür leider die falschen Signale aus. Der Hochleistungssport soll nicht in seiner Entwicklung behindert oder beseitigt werden - dazu verschafft er Teilnehmern und Zuschauern viel zu oft schöne und positive Eindrücke. Doping als Kavaliersdelikt und Sport als Kinderarbeit setzen jedoch an der falschen Ecke Zeichen!

Wenn einzelne Sportarten nur noch durch widernatürliche Einflüsse wahrzunehmen sind, sollte man sich auf internationalem Parkett dagegen wehren und im Falle von Erfolglosigkeit im Zweifel verabschieden. Warum wird beispielsweise - auch zur Wahrung der Chancengleichheit - nicht ein internationales Mindest-Startalter von 16 Jahren durchgesetzt? Wenn die Sportorganisation nicht die Kraft besitzt, solche Auswüchse selbst (nach Art von „Abrüstungs-Vereinbarungen“) zu beenden, muß nötigenfalls durch politische Maßnahmen eingegriffen werden. Der Sport ist viel zu schön, als daß er durch Fehlentwicklungen in Teilbereichen gefährdet werden dürfte!

(-/20.9.1988/vo-he/rs)

Für eine Sozialpolitik mit europäischer Dimension (Teil II)

Gedanken zur Gestaltung des Binnenmarktes

Von Horst Peter MdB
EG-Beauftragter für Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

V.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnen die Europawahlen eine Bedeutung, die in der Öffentlichkeit und auch in der SPD weit unterschätzt wird.

Die Europawahlen bieten die Chance, den Zustand zu durchbrechen, daß immer mehr Bereiche durch europäische Gesetze geregelt werden, ohne daß die Öffentlichkeit mit der konkreten politischen Auseinandersetzung um die Regelungen befaßt wird, weil sie sich weitgehend in den verschlossenen Amtsstuben der europäischen und nationalen Bürokratien abspielt. Wenn EG-Politik für uns Innenpolitik ist, die auf europäischer Ebene durchgesetzt werden muß, dann bedarf der Gesetzgebungsprozeß auf europäischer Ebene der nationalen Vorbereitung und Begleitung. Das bedeutet aber, daß auch in der Europapolitik die nationalen politischen Konflikte weiter bestehen, daß deshalb auch die Bundesregierung sich auf europäischer Ebene kein soziales Image geben kann, wenn sie gleichzeitig national den Sozialstaat demontiert.

Wollen wir den europäischen Sozialraum durchsetzen, müssen wir national die Bundesregierung unter Druck setzen und im Europäischen Parlament das neue Kooperationsverfahren als politisches Instrument einsetzen. Mit der absoluten Mehrheit seiner gesetzlichen Mitglieder kann das Parlament auf das Zustandekommen der Gesetze bis hin zur Blockade von Vorhaben stärkeren Druck ausüben.

Die Schlußfolgerung ist eindeutig: Wir brauchen eine möglichst starke sozialistische Fraktion, die in der Lage ist, sozialpolitische Forderungen als Bedingungen für die Verabschiedung von Binnenmarkttrichtlinien durchzusetzen. Das wiederum erfordert eine europäische sozialpolitische Strategie der Linken.

VI.

Die Elemente einer solchen Strategie sind im Entstehen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat im Februar dieses Jahres unter dem Titel „Gestaltung des Europäischen Sozialraums im Binnenmarkt“ sein sozialpolitisches Programm beschlossen. Auch der Bundesparteitag der SPD in Münster hat in einem Antrag zum Europäischen Sozialraum erste Schwerpunkte für eine europäische Sozialpolitik beschlossen. Die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments hat dieser Tage in Glasgow ebenfalls den Sozialraum zu einem zentralen Thema sozialistischer Politik auf EG-Ebene erhoben.

Die Ecko

Die Eckpunkte einer solchen Politik sind:

- Vorlage eines Weißbuches zur Verwirklichung eines europäischen Sozialraums, in dem die notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung des Sozialraums zur Diskussion gestellt werden.
 - 0 Gewährleistung grundlegender sozialer Prinzipien und Mindeststandards wie
 - 0 Koalitionsfreiheit und Streikrecht,
 - 0 Sicherung des Regelarbeitsverhältnisses und der Mindestbedingungen der Arbeitszeit
 - 0 Chancengleichheit für Mann und Frau im Arbeitsleben,
 - 0 Mindestbedingungen für Urlaub und Mutterschutz,
 - 0 Recht der Arbeitnehmer auf Unterrichtung, Anhörung, Verhandlung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer,
 - 0 sozialer Schutz gegen die Risiken Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit und Alter,
 - 0 Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz,
 - 0 Recht auf Ausbildung und Weiterbildung
 - 0 Sicherstellung, daß nationale weitergehende Standards solange in Kraft bleiben, bis gleichwertige europäische Standards bestehen und daß auch nationale Weiterentwicklungen möglich bleiben,
 - 0 Einbeziehung der Sozialverträglichkeit in alle europäischen Projekte und Maßnahmen, insbesondere bei der Forschungspolitik.
- Vorlage von Richtlinien, die die soziale Dimension einbeziehen bei
 - 0 Freizügigkeit der Personen,
 - 0 freien Warenverkehr,
 - 0 Wirtschaftsdemokratie beim europäischen Gesellschaftsrecht,
 - 0 sozialer Zusammenhalt.

Der Umfang des vorgetragenen Forderungsrahmens macht deutlich, welcher Weg voller Schwierigkeiten, Konflikten, aber auch Kompromisse noch vor dem Ziel eines sozialen Europas liegt. Es ist in der Tat eine Aufgabe, vergleichbar mit dem Kampf der Arbeiterbewegung um den nationalen Sozialstaat. Sozialdemokraten und Gewerkschaften werden sie gemeinsam nagehen,

(-/20.9.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Willy Brandt: Deutsche Wegmarken

(Teil II)

Der SPD-Ehrenvorsitzende Willy Brandt hielt unter dem Titel „Deutsche Wegmarken“ am 11. September in Berlin einen Vortrag, den wir in drei Teilen dokumentieren.

II.

Die zweite lebenslügnerisch gekennzeichnete Wegmarke, zu der ich mich äußern möchte, erwächst aus der Vorstellung, 1945 sei nur die Gewaltherrschaft und nicht auch der Staat zugrundegegangen.

Hatten nicht die Drei Mächte in Potsdam und, nachdem Frankreich sich Zutritt verschafft hatte, die Vier im Alliierten Kontrollrat signalisiert, daß sie das deutsche Staatsgebilde einzuengen und umzumodeln, nicht aber zu zerstückeln und zu ersetzen gedächten? War drei Jahre später nicht ausdrücklich vom „Provisorium“ die Rede, als die Arbeit am Bonner Grundgesetz begann? Und ließ sich nicht aus der Präambel zu eben diesem Grundgesetz ableiten, daß lediglich „wiedervereinigt“ werden müsse, was die Besatzungsmächte in Ost und West getrennt hatten?

Es war jedoch pures Wunschenken, daß sich die Siegermächte in Potsdam, davor oder danach verpflichtet hätten, unsere staatliche Einheit zu bewahren oder wiederherzustellen; im Bewußtsein, uns etwas zu schulden, lebten sie nicht. Schon gar nicht überkam sie das Gefühl, eine Bringschuld zu haben. Mitte der 50er Jahre besuchte mich in Schlachtensee ein befreundeter junger Staatssekretär des Äußeren, er war in einem der kleineren Nato-Staaten zuhause und wollte wissen, wie ich die eine deutsche Zukunft sehe. Als ich in skeptischer Offenheit die Schwierigkeiten auseinandergesetzt hatte, resümierte er in aller Unbefangenheit: „Dann können wir ja weiterhin unbesorgt den gemeinsamen Erklärungen zustimmen.“ Anfang 1959, ich war seit anderthalb Jahren Regierender Bürgermeister, beeindruckte mich John Foster Dulles, Eisenhowers Außenminister, in Washington mit seinem aufrichtigen und zugleich desillusionierenden Hinweis: „Wenn wir uns in hundert Fragen mit den Russen streiten, in der hunderteinsten sind wir mit ihnen einig: Ein neutrales, womöglich noch bewaffnetes Deutschland, das zwischen den Fronten hin und her marschiert, wird es nicht geben.“ Stalin sagte um die gleiche Zeit zum französischen Außenminister Christian Pineau: Er ziehe es vor, zwanzig Millionen Deutsche auf seiner Seite, statt siebzig Millionen gegen sich zu haben.

Es war ein Irrtum, aus den Erklärungen und Beschlüssen der Siegermächte einen Rechtsanspruch auf staatliche Einheit herleiten zu wollen. Im Tatsächlichen hätten sich veränderte Bedingungen vielleicht ergeben können, wenn die zunächst vorgesehenen sieben Zentralverwaltungen unter der Leitung deutscher Staatssekretäre zustandegekommen wären. Diese sind bekanntlich an französischem Einspruch gescheitert, von sowjetischer Seite kam Schwergewichtigeres hinzu. Nach allem was geschehen war, brauchte man sich nicht darüber zu wundern, daß es die Siegermächte damit genug sein ließen, der Wiedervereinigung Lippen dienst zu zollen.

Früher als die Deutschen erkannten ihre Nachbarn: Die Zuordnung der beiden deutschen Staaten zu gegensätzlichen Bündnissystemen war mit dem Anspruch auf Wiederherstellung der staatlichen Einheit nicht auf einen Nenner zu bringen - es sei denn, man setzte auf ein militärisches roll-back; aber das war auch nicht real, stand außerdem nicht zu deutscher Disposition. Dies bedeutet nicht, daß ich die Untersuchung von Zusammenhängen, aus denen sich auf friedliche Weise Besseres hätte ergeben können, für überflüssig hielt, ganz im Gegenteil; Rechthaberei und Übereifer sollten wir uns dabei freilich schenken.

Ich weiß, daß die Geschichte ein letztes Wort nicht kennt. Doch wir haben erkennen müssen - einige früher, andere später -, daß Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung einander ausschlossen. War es, wie man hier und da meinte, der eigentliche Preis für das, was Hitler-Deutschland der Welt angetan hatte? Die große Doppelillusion der deutschen Nachkriegsgeschichte - die vom Provisorium und von der kurzen Dauer der Teilung - paßt dazu wie die Andeutung eines Deckels zu einem ziemlich großen Topf. In den als Provisorium gedachten Ordnungsrahmen gehörte bekanntlich hinein, daß die deutsche Seite der Auftraggeber dem Parlamentarischen Rat 1948 vorgegeben hatte, ein „Grundgesetz“ auszuarbeiten - nicht eine „Verfassung“, wie von den Besatzungsmächten vorgesehen. Daraus wurde dann doch mehr, als die einen erstrebt, die anderen erwartet hatten. Die Militärgouverneure mußten behutsam umgestimmt werden; sie meinten, die Welt erwarte ein „Verfassungswerk“. Auch auf deutscher, und zwar nicht nur konservativer Seite, gab es Einwände gegen eine „verantwortungsscheuende“ Auslegung von Provisorium. Ernst Reuter drängte sehr darauf, daß der Westen ökonomisch und politisch konsolidiert werde. Doch sein Denken blieb beweglich genug, über die notwendige Westpolitik hinauszudenken.

Wie in einem Prozeß der sich neu zusammenfindenden Teile Europas die Fragen der deutschen Nation beantwortet werden mögen, wissen wir nicht. Doch ist auch unabhängig davon vielen klar geworden, daß Bismarcks Reich eher die Ausnahme der deutschen Geschichte darstellt. Und im geschichtlichen Zusammenhang stellt sich inzwischen die Weimarer - viel mehr denn die Bonner - Republik als das Provisorium dar. Ich erinnerte vorhin daran, daß nach 1919 nicht einmal die Farben der Flagge, geschweige denn die Staatsform in der Zustimmung einer soliden Mehrheit verankert waren. In der Bundesrepublik - und das ist der qualitativ bedeutende Unterschied zu Weimar - haben die wesentlichen politischen und die durch sie repräsentierten gesellschaftlichen Kräfte die an die demokratischen Traditionen des Westens anknüpfenden - Ordnungselemente und Spielregeln des Grundgesetzes akzeptiert, ja, sie sich zueigen gemacht. Das ist es, was wir den Verfassungskonsens nennen, und der läßt sich auch mit mehr als Kleingeld nicht bezahlen.

Lange haben wir so getan, ich auch - aber unser höchstes Gericht länger als mancher begreifen konnte -, als verpflichte uns das Grundgesetz zur Wieder-Vereinigung. In Wirklichkeit spricht die Präambel von der Verpflichtung des gesamten deutschen Volkes, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Damit sollte gesagt werden, daß sich das durch Hitlerkrieg und Okkupation gesplittete deutsche Volk in einer Schicksalsgemeinschaft befindet. Die Einheit zu beschwören, war mehr als eine Fiktion, wiewohl man in Berlin besser als mancherorts sonst weiß, wie sehr die Bundesrepublik (im Verständnis vieler nicht nur Geführter, sondern auch Führender) mit dem Rücken zum anderen Teil Deutschlands Gestalt annahm.

Die Verwirrung der Begriffe war enorm, von Anbeginn an. Aus Einheit wurde Wiedervereinigung. Als ob die Geschichte und die europäische Wirklichkeit für uns eine Anknüpfung an das Bismarck-Reich bereithielte. Oder als ob sich das ganze Problem darauf reduziere, wie sich der Anschluß der DDR an die Bundesrepublik Deutschland vollziehen lasse oder vollziehen werde. Die Art, in der seinerzeit das Bundesverfassungsgericht über den Grundlagenvertrag geurteilt und den Begriff Wiedervereinigung in Anspruch genommen hat, mußte ich als wirklichkeitsfremd und schon deshalb nicht hilfreich empfinden. Ich meine die Vorstellung vom Reich, das nur vorübergehend nicht „handlungsfähig“ sei. Und den annähernden Vergleich zwischen der Grenze zur DDR und Grenzen zwischen den Bundesländern.

Natürlich ist mir nicht entgangen, daß das Gericht in einer Entscheidung über die DDR-Staatsangehörigkeit seine frühere Auffassung behutsam korrigierte, und es wurde natürlich auch vermerkt, daß der Präsident des Bundesverfassungsgerichts zum 17. Juni dieses Jahres Worte fand, die geeignet waren, in einer veränderten Landschaft nach vorne zu weisen.

Die Vorstellung, den deutschen Westen in Ordnung zu bringen und stark zu machen, war nicht auf Anhänger Konrad Adenauers, des ersten Bundeskanzlers, beschränkt; die Geister schieden sich, wo es um das konkrete Herausfinden der Chancen ging, die Teile Deutschlands - anders als durch Anschluß - vielleicht doch wieder zusammenfügen zu können. Statt sich mit einer veränderten weltpolitischen Realität auseinanderzusetzen, stand hierzulande allerdings die Fiktion des nationalpolitisch Vergangenen hoch im Kurs. Mit der Theorie vom Fortbestand des Deutschen Reiches - mein Freund Carlo Schmid sprach von der „gesamtdutschen Hoheitsgewalt in Westdeutschland“ - haben wir uns den Umgang mit der Problematik der deutschen Einheit gewiß nicht leichter gemacht. Durch den Kalten Krieg und dessen Nachwirkungen gefördert, wurde die „Wiedervereinigung“ zu jener spezifischen Lebenslüge der zweiten Deutschen Republik.

Es war notwendig, daß wir es mit der Ostpolitik unternahmen, diesen Realitätsverlust zu überwinden; es war nicht einfach, aber inzwischen sind fast alle dafür. Der Anspruch auf Alleinvertretung war ohnehin gescheitert. „Ich wollte, wir wollten, daß ungelöste Fragen der Vergangenheit uns nicht daran hinderten, die Zukunft zu gestalten“ - so habe ich das ostpolitische Ziel seinerzeit umschrieben. Mit jenen Verträgen ging, so sagte ich, „nichts verloren, was nicht längst verspielt worden ist“. In den Briefen zur deutschen Einheit haben wir jedoch festgehalten, daß der Wunsch der Deutschen auf Selbstbestimmung mit den Verträgen nicht untergegangen ist. In der Präambel zum Grundlagenvertrag und in Verbindung mit den Verträgen wurde der Dissens in der nationalen Frage festgehalten.

Ich bleibe im übrigen dabei: Ein Element der Außenpolitik beider deutscher Staaten sollte es werden und bleiben, Frieden und Ausgleich im Herzen Europas zu stärken. Ein solcher Dienst für Europa wäre, wenn man so will, eine späte Wiedergutmachung dafür, daß und wie vom deutschen Boden Krieg ausgegangen ist: Verantwortungsgemeinschaft gibt es auch in der Trennung, ja, sie erwächst aus ihr. Und dann mag die Geschichte die uns Nachfolgenden wissen lassen, was sie ihnen zu vermitteln mag oder wozu es deren Mitwirkung bedarf - aber dazu muß es weiterhin Geschichte geben.

(wird fortgesetzt).

(-/20.9.1988/vo-he/rs)

* * *